

Frank Marcinkowski

Warum täuscht sich die Öffentlichkeit über ihre eigene Meinung?

Kommunikative und soziokulturelle Ursachen der Fehleinschätzung politischer Mehrheiten

1 EINFÜHRUNG UND FRAGESTELLUNG

In dem Bestreben, die Erwartungen anderer nicht zu enttäuschen, neigen Menschen dazu, Ansichten und Verhalten an dem zu orientieren, was sie für die mehrheitlich geteilten Anschauungen, Werte und Präferenzen ihrer Mitmenschen halten. Folglich sind Annahmen darüber, was innerhalb der sozialen Umgebung, in der sich der Einzelne bewegt, über ein wichtiges Thema gedacht wird, für seine individuelle Meinungsbildung von kaum zu überschätzender Bedeutung. Dieser Zusammenhang gehört seit langem zu den gefestigten Erkenntnissen der Sozialpsychologie (vgl. Asch 1951, 1956; Jahoda 1959; Milgram 1961).

Für die Forschung zur öffentlichen Meinung ist er vor allem von Elisabeth Noelle-Neumann in ihren Arbeiten zum Theorem der *Schweigespirale* fruchtbar gemacht worden (vgl. zuerst Noelle-Neumann 1973). Damit verbunden war die Rückkehr zum Konzept mächtiger Medien, wonach die entscheidende Wirkung der Massenkommunikationsmittel darin besteht, dass sie die Wahrnehmungen der Menschen über das »Meinungsklima« im Land prägen. Einen alternativen Zugang zur Thematik eröffnet das Theorem der *Pluralistischen Ignoranz* (vgl. Fields/Schumann 1976; O’Gorman 1986). Einschlägige Arbeiten beschäftigen sich mit der Frage, warum die Wahrnehmung der »öffentlichen Meinung« (im Sinne der aggregierten Meinungen aller anderen) unter bestimmten Bedingungen gravierenden Irrtümern unterliegt, so dass die Mitglieder einer Gemeinschaft zu falschen Einschätzungen der Gruppenmeinung kommen. Anders als die Schweigespirale konzentriert sich Pluralistische Ignoranz dabei nicht auf die Rolle der Medien und der öffentlichen Kommunikation, sondern identifiziert strukturelle Bedingungen und soziale Mechanismen als Ursachen der Selbsttäuschung (vgl. O’Gorman 1986: 335).

Während die Schweigespirale ihre prominenteste Ausformulierung im Kontext von Wahlstudien gefunden hat, ist das konkurrierende Konzept noch kaum zur Analyse von politischen Meinungsbildungsprozessen verwendet worden. Dabei liegt die wissenschaftliche wie praktisch-politische Relevanz der Fragestellung auf der Hand. Menschen oder Gruppierungen, die Fehlurteilen über die politische Stimmung im Land aufsitzen, an denen sie sich dennoch orientieren, bewegen sich gewissermaßen in einer »falschen« politischen Umwelt (vgl. Fields/Schuman 1976: 427), ohne sich dessen be-

Dr. Frank Marcinkowski ist Professor für Publizistikwissenschaft am IPMZ – Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.

wusst zu werden. Im Ergebnis können relativ schwache Meinungen und Positionen durchaus namhafte gesellschaftliche Konsequenzen zeitigen.

Im Folgenden werden die alternierenden theoretischen Perspektiven parallel eingesetzt, um die kollektive Wahrnehmung des Meinungsklimas im Kontext einer direktdemokratischen Sachabstimmung zu analysieren. Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, ob die Fehlwahrnehmung der öffentlichen Meinung, wie das der Publizistikwissenschaftliche Zugang zum Thema nahe legt, durch Asymmetrien in der öffentlichen Kommunikation hinreichend erklärbar ist und wie sich Prägnanz und Erklärungskraft der Analyse verbessern lassen, wenn zusätzlich die kulturelle Prägung von öffentlichkeitsbezogenen Wahrnehmungen berücksichtigt wird. Der Beitrag zielt auf die Integration unterschiedlicher Forschungsperspektiven zur Wahrnehmung sozialer Realität (vgl. in diesem Sinne Eveland 2002: 710) und ein Konzept differentieller Medienwirkungen, das auf den Stellenwert soziokultureller Kontextbedingungen bei der Beobachtung von öffentlicher und veröffentlichter Meinungen verweist.

2 UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND UND DATENBASIS

Die empirische Datenbasis der Analyse wurde im Kontext eines Verfassungsreferendums im Fürstentum Liechtenstein erhoben. Die kleinstaatlichen Bedingungen des Untersuchungsobjekts bieten forschungspraktische Vorteile, weil hier mit vertretbarem Aufwand eine Quasi-Vollerhebung aller relevanten Bestandteile öffentlicher Kommunikation über einen längeren Untersuchungszeitraum hinweg geleistet werden konnte. Mit der besagten Volksabstimmung im März 2003 stand die Revision von rund 30 Artikeln der gültigen Landesverfassung von 1921 zur Entscheidung, eine Partialrevision also, mit durchaus systemveränderndem Charakter, die im Verlauf der Auseinandersetzung mehr und mehr zu einer Schicksalsfrage für den Fortbestand des Staates stilisiert wurde. Erste Anstöße zur Revision der Verfassung lassen sich bis in das Jahr 1992 zurückverfolgen, der finale Entscheidungsprozess fiel in die Jahre 2000 bis 2003. Während dieser Zeit wurde zunächst versucht, die strittigen Fragen auf dem Verhandlungsweg zwischen Regierung, Parlament und Landesfürst Hans-Adam II (das Staatsoberhaupt) zu lösen, bevor sich Letztgenannter im Sommer 2002 dazu entschloss, die von ihm gewünschten Verfassungsänderungen durch Volksentscheid beschließen zu lassen. Die politische Brisanz des Themas entzündete sich an der Frage, inwieweit durch diese Eingriffe das mühsam austarierte Gleichgewicht zwischen demokratischen Elementen und monarchischer Macht gestört und eine Machtverschiebung zugunsten des Fürstenhauses evoziert werde.

Im November 2001, rund 15 Monate vor dem Abstimmungsentscheid, wurde eine Umfrage unter 602 repräsentativ ausgewählten stimmberechtigten Landesbürgern durchgeführt, um die aktuelle Meinungsverteilung zur Frage der Verfassungsrevision zu ermitteln.¹ Das Ergebnis ist im oberen Teil der Tabelle 1 ausgewiesen und zwar einmal

¹ Die Befragung wurde von IHA GfM/IPSO Sozialforschung (Dübendorf ZH) als computergestützte Telefonumfrage durchgeführt. Grundgesamtheit war die stimmberechtigte liechtensteiner Bevölkerung (rund 16.000), der Stichprobenumfang betrug 602 stimmberechtigte Personen (rund 3,8% des Elektorats). Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem Random-Random Verfahren (Zufallsauswahl der Haushalte, Zufallsauswahl der Zielperson im Haushalt). Alle Interviews wurden zwischen

<i>Berichtete Meinungen und wahrgenommenes Meinungsklima zur Verfassungsfrage in Liechtenstein (Nov. 2001) in %</i>	<i>Tabelle 1</i>	
<i>»Wenn am kommenden Sonntag über die Verfassungsvorlage des Fürstenhauses abgestimmt würde, wie würden Sie sich entscheiden?«</i>	gesamt	gültige %
– Für Verfassungsrevision	34,1	45,3
– Gegen Verfassungsrevision	41,2	54,7
– Weiß nicht, Enthaltung, k.A.	24,7	
	100%	100%
	N = 602	N = 435
<i>»Was glauben Sie, wie viel Prozent der Liechtensteiner Stimmbürger unterstützen im Moment die vorgeschlagene Verfassungsrevision?«</i>		
– Mehrheit für Verfassungsreform	52,8	54,3
– Mehrheit gegen Verfassungsreform	23,7	24,2
– Unentschieden, weiß nicht, k.A.	23,5	
	100%	100%
	N = 602	N = 430

für alle Befragten (linke Spalte) und als Nettoergebnis nur für diejenigen, die auf die »Sonntagsfrage« eine Stimmabsicht geäußert hatten.² Wie man leicht erkennen kann, sprach sich zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit von 41% (54%) der Stimmberechtigten gegen die angestrebte Verfassungsrevision aus, lediglich 34% (45%) waren dafür.

Gleichzeitig wurde nach der Wahrnehmung des Meinungsklimas gefragt. Auch hier ist das Ergebnis eindeutig, weist aber in die exakt entgegengesetzte Richtung. Deutlich über die Hälfte der Bürger glaubten zu dem Zeitpunkt, dass die tatsächliche Minderheitsposition von der Mehrheit ihrer Mitbürger unterstützt würde. Von der tatsächlichen Mehrheitsposition glaubten das weniger als ein Viertel der Befragten. Offensichtlich befanden sich Liechtensteins Stimmbürger zu dem Zeitpunkt schlicht im Irrtum über das, was sie selber in der Sache mehrheitlich dachten: Die Mehrheit wurde als Minderheit wahrgenommen, und die Minderheit betrachtete sich selbst als Mehrheit. Das entspricht exakt der Konstellation, die Richard Schank vor mehr als siebzig Jahren in einer kleinen New Yorker Kommune fand und als »pluralistic ignorance« bezeichnet hatte (vgl. Schank 1932).

Dass sich eine Gesellschaft über die eigene Befindlichkeit täuscht, ist nicht unbedingt ungewöhnlich. Die Bedingungen, unter denen dies hier geschehen konnte, lassen den Fall dennoch als in hohem Maße erklärungsbedürftig erscheinen. Zum einen zeichnen sich kleine Gesellschaften³ durch ein extrem geringes Maß sozialer Distanz bei um-

dem 5. und 12. November 2001 durchgeführt. Abweichungen in der Prozentuierungsbasis der Tabellen 2 bis 6 erklären sich durch Antwortverweigerung oder »Weiß nicht«-Antworten.

2 Im Normalfall wird der Einbezug von »Weiß nicht«-Antworten bei der Prozentuierung zur Überschätzung der Ignoranz führen (vgl. Taylor 1982, 325), so dass die Nettobasis eine konservativere Schätzung erlaubt. Im vorliegenden Beispiel ist freilich die Unwissenheit in der Gruppe derer, die sich selbst bereits eine Meinung gebildet haben, noch einmal leicht höher als in der gesamten Stichprobe.

3 Der Mikrostaat Liechtenstein erstreckt sich über eine Fläche von rund 160 Quadratkilometern. Er hatte zum Zeitpunkt der Untersuchung rund 33.000 Einwohner, davon 16.000 Stimm- und Wahlberechtigte.

gekehrt hohem Grad an Öffentlichkeit des Privaten aus. Die politische Positionen und Präferenzen von Nachbarn, Freunden und Bekannten sind unter solchen Bedingungen als bekannt unterstellbar, so dass Wahlen und Abstimmungen gemeinhin keine Überraschungen mit sich bringen. Zum anderen erregte der Verfassungskonflikt die Gemüter der Bürger wie kein zweites Thema und war von einer lange anhaltenden und intensiven öffentlichen Debatte begleitet. Die Fehleinschätzung kann insoweit nicht als Folge von mangelnder Involvierung oder von Desinteresse erklärt werden. In kommunikationswissenschaftlicher Perspektive liegt allerdings die Vermutung nahe, dass gerade von der Überhitzung öffentlicher Kommunikation Impulse ausgingen, die zu der unerwarteten Fehleinschätzung der Bevölkerungsmeinung führen mussten.

3 FALSCHER IMPULSE DURCH VERZERRTE MEDIENBERICHTERSTATTUNG UND ASYMMETRISCHE KOMMUNIKATIONSBEREITSCHAFT: DER ERKLÄRUNGSBEITRAG KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLICHER ANSÄTZE

Die Kommunikationswissenschaft hat eine Reihe von Forschungsansätzen entwickelt, um Fehlwahrnehmungen der gesellschaftlichen Realität mit Hilfe kommunikativer Faktoren zu erklären (vgl. im Überblick Eveland 2002: 701-709). Unter ihnen hat die Theorie der Schweigespirale besondere Bedeutung erlangt. Der Schweigespirale liegt die Annahme zugrunde, dass die »öffentliche Meinung« nicht zuletzt unter dem Eindruck individueller Wahrnehmungen der Meinung der Öffentlichkeit entsteht. Sie ist im Kern eine Theorie individueller Kommunikations- bzw. Medienwirkungen, die insoweit vor allem die Folgen der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas für das kommunikative (Redebereitschaft) und politische (Wahlabsicht) Verhalten des Einzelnen thematisiert. Im Hinblick auf die Entstehung solcher Wahrnehmungen wird zunächst nur angenommen, dass die Menschen ein sozialpsychologisches begründetes Interesse daran haben müssen, die Ansichten, Werthaltungen und Präferenzen ihrer Mitmenschen einschätzen zu können, um sich »gefahrlos« in ihrer sozialen Umwelt bewegen zu können. Dazu befähigt sie das, was Elisabeth Noelle-Neumann mit dem viel diskutierten Begriff des »quasistatistischen Sinns« bezeichnet hat, der nicht notwendig zu jederzeit korrekten Schätzungen der aktuellen Lage befähigt, aber dennoch ein feines Sensorium für künftige Trends darstellt (vgl. Noelle-Neumann 1989: 316; zur Kritik etwa Lübke 1990). Diesen Sinn richten sie vornehmlich auf die Medienbeobachtung aus, die insoweit zur hauptsächlichen Grundlage von Einschätzungen des Medienklimas werden (vgl. Noelle-Neumann 1975). Die möglichen Folgen dieser Wahrnehmung werden dann als der berühmt gewordene Spiralprozess aus sinkender Redebereitschaft und wachsender Schweigetendenz beschrieben. Wer sich in der Mehrheit fühlt, ist eher bereit, seine Position öffentlich auszusprechen; wer sich in der Minderheit sieht, wird aus Angst vor sozialer Sanktion zum Verschweigen seiner Ansicht neigen. Dadurch verändern sich die Voraussetzungen der öffentlichen Sichtbarkeit der Positionen und mithin die Basis für die weitere Einschätzung des Meinungsklimas. In der nächsten Umdrehung zieht der Spiralprozess folglich weitere Kreise und verstärkt die gegenläufigen Tendenzen des Redens und Verschweigens.

Schon in einem Beitrag von 1973 (vgl. Noelle-Neumann 1973) hatte die Schöpferin der Idee eingeräumt, dass die quasistatistische Beobachtung der Umwelt auch auf der

ersten Prozessstufe, also ohne dass die Schweigespirale ihre Wirkung bereits entfaltet hätte, Fehlwahrnehmungen produzieren kann. In der weiteren Ausarbeitung des Theorems und in Auseinandersetzung mit der Literatur zur pluralistischen Ignoranz wurde diese Annahme dann wiederholt aufgegriffen und erläutert. Insbesondere in den Anwendungen der Schweigespiraltheorie auf die Analyse des Wahlverhaltens argumentierte die Autorin, dass es aus nahe liegenden Gründen immer dann zu verzerrten Wahrnehmungen des Meinungsklimas kommen kann, wenn die Medien andere Mehrheitsverhältnisse in der Meinungsverteilung vorspiegeln, als sie tatsächlich in der Bevölkerung vorliegen. Das kann dann gelingen, wenn der Medientenor weitgehend konsonant in die gleiche (falsche) Richtung tönt und die Medien zugleich eine hohe soziale Reichweite besitzen (vgl. die Beiträge in Noelle-Neumann 1979 und 1980).

Um zu prüfen, inwieweit die bis hierher referierten Annahmen zur Aufklärung des geschilderten Falls beitragen, werden im Folgenden Umfragedaten und inhaltsanalytisch gewonnene Befunde herangezogen. Dabei ermöglichen die kleinstaatlichen Bedingungen eine empirische Breite und Vollständigkeit, die in anderen Forschungskontexten praktisch nicht zu erreichen ist. Tatsächlich besitzen im Falle Liechtensteins zwei seit Jahrzehnten erscheinende Tageszeitungen, das ›Liechtensteiner Volksblatt‹ und das ›Liechtensteiner Vaterland‹, ein Monopol bei der Konstitution von Medienöffentlichkeit, sowohl was das Angebot an meinungsbildenden Beiträgen zur öffentlichen Kommunikation angeht als insbesondere auch hinsichtlich ihrer Nutzung. Beinahe 90% der Wahlbürger haben eine der beiden Landeszeitungen abonniert, fast zwei Drittel lesen regelmäßig beide Blätter. Lediglich 2% der Stimmberechtigten werden »selten« oder »nie« von einer der beiden Landeszeitungen erreicht. Inländisches Fernsehen gibt es nicht, der private inländische Radiosender, wiewohl breit genutzt, konzentriert sich auf Serviceinformation und Musikprogramme (vgl. Marxer 2004: 175-189).

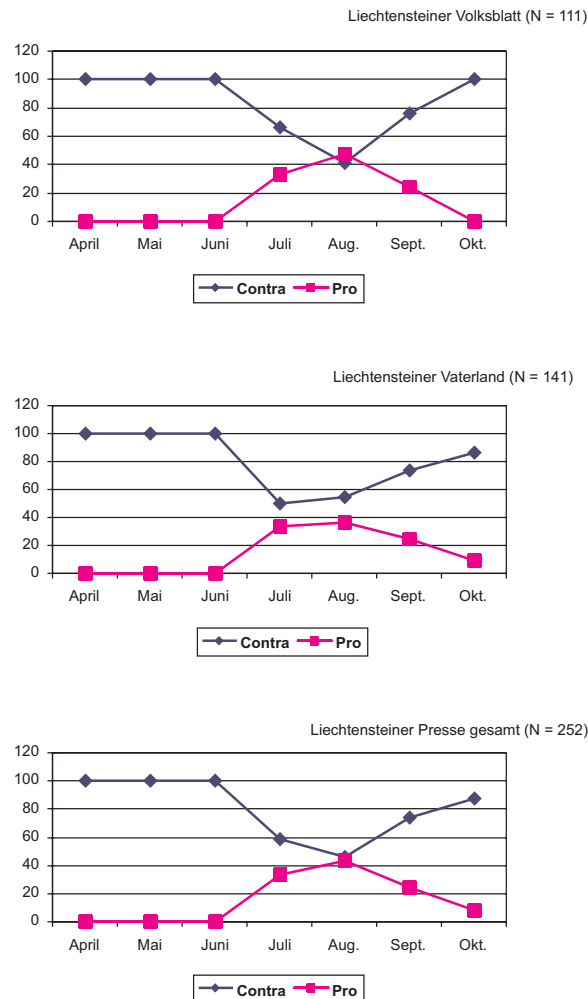
Verlauf und zentrale Merkmale der medienöffentlichen Debatte zur Verfassungsfrage werden durch eine standardisierte Presseinhaltsanalyse zum Thema dokumentiert, die der Verfasser über mehr als drei Jahre hinweg begleitend durchgeführt hat. Sie kann angesichts der geschilderten Bedingungen als »Vollerhebung« der relevanten inländischen Medienöffentlichkeit zur Verfassungsfrage gelten. Grundlage der Analyse bildet die gesamte innenpolitische Berichterstattung der beiden Landeszeitungen, einschließlich der Leserbriefe und eingesandten Mitteilungen. Ausgewählt wurde jeder Beitrag, der den Verfassungskonflikt als Hauptthemengebiet ausweist. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 1. Januar 2000 bis zum Abstimmungssonntag, dem 16. März 2003. Kodierungseinheit war die einzelne »Sprecheräußerung« (vgl. zur Definition Wessler 1999: 261). Der endgültige Datensatz umfasst knapp 4000 medienöffentliche Äußerungen über einen Zeitraum von fast 39 Monaten. In den folgenden Grafiken wird die Verteilung aller »wertenden Aussagen« (Pro und Contra) zur vorgeschlagenen Verfassungsrevision in den letzten sieben Monaten vor dem Umfragezeitpunkt dargestellt.⁴

Die Schaubilder zeigen zwei Resultate mit wünschenswerter Deutlichkeit. Erstens war der allgemeine Medientenor im Beobachtungszeitraum eindeutig gegen die Verfas-

⁴ Die Befragung fand in der 45. und 46. Kalenderwoche des Jahres statt. Zwischen der 44. und 46. Kalenderwoche fanden sich keine Zeitungsbeiträge zum Thema, so dass Störquellen während der Befragung ausgeschlossen werden können.

Wertende Aussagen zur Verfassungsrevision in Liechtensteiner Landeszeitungen:
April bis Oktober 2001 (in %)

Grafik 1



sungsrevision gerichtet und spiegelte damit die tatsächliche Mehrheitsmeinung zum damaligen Zeitpunkt der Richtung nach korrekt, wenn auch in den Proportionen weit- aus überzogen wider. Im August des Jahres gab es für wenige Wochen einen ausgegli- chenen Medientenor, als nämlich Fürstenhaus und Regierung der Öffentlichkeit ein intern ausgehandeltes Papier als »Lösung« des Konflikts vorstellten, ohne dass freilich die maßgeblichen politischen Institutionen des Landes und namentlich das Parlament tatsächlich mit dem Papier befasst gewesen wären. Dessen Inhalt war im Übrigen außer den Teilnehmern der Geheimverhandlung niemandem offiziell bekannt. Als in der Fol- ge der Veröffentlichung des Papiers sichtbar wurde, dass alle zentralen Konfliktpunkte nach wie vor ungelöst waren, wurde umso deutlichere Kritik und Ablehnung geäußert,

<i>Merkmale der Berichterstattung mit befürwortenden und ablehnenden Stellungnahmen in % (Jan. 2000 bis Nov. 2001, N = 721)</i>		Tonalität der Sprecheräußerung	
		befürwortend	ablehnend
<i>Art des Artikels</i>			
– redaktioneller Beitrag	n.s.	46,6	53,4
– Kommentar	n.s.	1,8	0,6
– eingesandte Mitteilung	n.s.	30,8	22,8
– Leserbrief	n.s.	20,8	23,2
		100%	100%
<i>Platzierung des Artikels</i>			
– Seite 1 und 3	n.s.	38,5	35,6
– andere Seiten		61,5	64,4
		100%	100%
<i>Visualisierung des Artikels</i>			
– mit Bild/Grafik	p < .05	44,3	35,6
– ohne Bild/Grafik		55,7	64,4
		100%	100%
<i>Sprecher</i>			
– Regierung	p < .01	12,2	5,6
– Landtag	p < .01	6,3	32,6
– Politische Parteien	p < .01	1,8	6,6
– Fürstenhaus	p < .01	52,0	–
– sonst. polit. Sprecher	p < .01	–	4,6
– Vereine, Initiativen	n.s.	5,0	7,0
– Einzelbürger	p < .01	14,0	28,4
– Experten	p < .01	6,3	12,4
– Journalisten	n.s.	2,3	2,8
		100%	100%
<i>Begründung (Anzahl begründender Argumente)</i>			
– keine	n.s.	37,6	37,2
– ein bis zwei Argumente	n.s.	32,6	34,4
– drei bis vier Argumente	n.s.	15,9	18,2
– mehr als vier Argumente	n.s.	13,9	10,2
		100%	100%
		N = 221	N = 500

so dass Ende Oktober ein Verhältnis von ca. 85 zu 15% zugunsten ablehnender Stellungnahmen in den Medien gemessen wurde. Zweitens verlief der Meinungenstern über den gesamten Zeitraum in beiden Blättern trotz parteipolitisch unterschiedlicher Ausrichtung praktisch parallel. Um das gleichsam als Sediment abgesetzte Vorwissen berücksichtigen zu können, wurden zusätzlich die aggregierten Werte des Vorjahres ausgewertet. Im gesamten Jahr 2000 verteilten sich die 436 kodierten wertenden Aussagen danach im Verhältnis von 75% zu 25% zugunsten der Contra-Position. Auch hier war der Tenor beider Blätter konsonant gegen die vorgeschlagene Verfassungsrevision gerichtet. Die Grafiken 1 bis 3 repräsentieren also nicht eine Momentaufnahme, sondern ein gültiges Bild der Medienentwicklung über fast zwei Jahre.

Eine Auswertung formaler und inhaltlicher Merkmale der Berichterstattung bis zum Umfragezeitpunkt zeigt nur wenige statistisch signifikante Differenzen zwischen befürwortenden und ablehnenden Stellungnahmen. Skeptische Äußerungen waren häufiger in redaktionellen Beiträgen und Leserbriefen zu lesen, zustimmende eher in eingesandten Mitteilungen. Allerdings können die gemessenen Abweichungen nicht als überzufällig interpretiert werden. Das Gleiche gilt für die Zahlen zur Platzierung der Artikel, die auf ein leichtes Plus befürwortender Statements auf den Seiten eins und drei verweist. Befürwortende Stellungnahmen waren außerdem signifikant häufiger in bebilderten Beiträgen zu finden. Kritische Stimmen zur Verfassungsrevision waren vor allem von den Landtagsabgeordneten, Einzelbürgern, Experten und Vertretern der Parteien zu hören. Erklärungen zugunsten der Verfassungsvorschläge gaben vornehmlich die Initiatoren selbst ab. Mehr als die Hälfte aller codierten Pro-Äußerungen stammten vom Staatsoberhaupt oder seinem Sohn. Unterstützt wurden sie vor allem ab Mitte 2001 von der Regierung und einer kleinen Gruppe fürstentreuer Bürger. Was den Begründungsaufwand betrifft, ließen sich keine auffälligen und signifikanten Differenzen zwischen den Positionen erkennen. Ein gutes Drittel medienöffentlicher Stellungnahmen für und gegen die Verfassungsrevision kam ohne begründende Argumente aus. Die Mehrzahl der Sprecheräußerungen war aber argumentativ gestützt und führte zum Teil eine große Zahl von Begründungen an, wobei die rein quantitative Auswertung keine Auskunft über Qualität und Überzeugungskraft der Argumente geben kann.

Wer die Medienöffentlichkeit als validen Maßstab des Meinungsklimas im Land betrachtete, konnte demnach in den Jahren 2000 und 2001 kaum zu der Einschätzung gelangen, die Pro-Position befinde sich in der Mehrheit. Genau das glaubte aber eine Mehrheit der Menschen im November 2001, und zwar auch die Mehrzahl der regelmäßigen Mediennutzer. Das zeigt die folgende Tabelle 3. Rund die Hälfte der regelmäßigen Leser beider Zeitungen hielt trotz gegenläufigen Medientenors an der irrigen Einschätzung fest, die Mehrheit der Bevölkerung trete für die angestrebte Verfassungsrevision ein. Das traf auf die Leser des ›Volksblatts‹ in etwas stärkerem Maße zu als auf die Leser der konkurrierenden Zeitung, eine Differenz, die sich durch die marginalen Unterschiede im Tenor beider Blätter nicht zureichend erklären lässt. In der Gruppe der Stimmbürger, die beide Leitmedien selten oder gar nicht nutzten, fand sich das gleiche Muster der Fehlperzeption, im Falle des ›Vaterlands‹ mit deutlich erhöhter Irrtumswahrscheinlichkeit auf Seiten der Nichtleser. Nur in dieser Gruppe war die Differenz in der Wahrnehmung der Bevölkerungsmeinung zwischen Mediennutzern und Nichtnutzern statistisch signifikant.

Insgesamt legt dieser Befund die Einschätzung nahe, dass die Unwissenheit über den aktuellen Meinungstrend durch intensive Mediennutzung jedenfalls nicht kompensiert wurde, und das, obwohl die Voraussetzungen für Medienwirkung in der von der Schweigespirale prognostizierten Richtung geradezu ideal waren (vgl. Noelle-Neumann 1973: 51): eine beinahe vollständige Konsonanz des Medientenors, der selektive Wahrnehmung bestimmter Richtungsäußerungen wirksam ausschloss, eine sehr hohe soziale Reichweite der Medien und ihrer Aussagen, eine lang anhaltende Medienaufmerksamkeit mit entsprechend hoher Wiederholungsrate von Positionen und Argumenten und ein hochgradig kontroverses und emotionalisiertes Thema, das weite Kreise der Bevölkerung involvierte und stark moralisch aufgeladen war. Zudem konnte kei-

Wahrgenommene Meinungen zur Verfassungsfrage nach Zeitungsnutzung in % Tabelle 3

»Was glauben Sie, wie viel Prozent der Liechtensteiner Stimmbürger unterstützen im Moment die vorgeschlagene Verfassungsrevision?«	Zeitungsnutzung			
	Volksblatt		Vaterland	
	täglich	manchmal selten, nie	täglich	manchmal selten, nie
Mehrheit gegen Verfassungsrevision (richtig)	24,8%	20,3%	25,3%	15,9%
Mehrheit für Verfassungsrevision (falsch)	53,5%	51,0%	49,3%	68,2%
Weiß nicht, unentschieden	21,7%	28,7%	25,3%	15,9%
	N = 419	N = 143	N = 454	N = 107

VB: $X^2 = 3.24$, $df = 2$, ns; Cramer's V = .08, ns / VL: $X^2 = 12.39$, $df = 2$, $p < .005$; Cramer's V = .15, $p < .002$

ne der beiden Positionen eindeutig als die »politisch korrekte« Einstellung ausgemacht werden, die dann als Richtschnur des eigenen Verhaltens hätte herhalten können. Entweder man erwies sich als fürsten- und monarchietreuer Untertan, musste dann aber mit dem Makel leben, kein guter Demokrat zu sein, oder man konnte als überzeugter Verteidiger demokratischer Rechte und Freiheiten auftreten, begab sich aber damit in der Gefahr, als Gegner von Fürstenhaus, Monarchie und »dualer« Staatsform taxiert zu werden.⁵ Angesichts der »Mischverfassung« des Landes waren beide Positionen zumindest partiell verfassungsunverträglich und mit der Drohung sozialer Ächtung belegt – eine schier verzweifelte Situation, die eine besonders sensible Reaktion auf medial vermittelte Meinungsklima-Signale hätte erwarten lassen. Trotz alledem kann ausweislich der oben präsentierten Befunde für den vorliegenden Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, dass Bürger den Medientenor als gültigen Indikator des gesellschaftlichen Meinungsklimas interpretiert haben.

Auf der Suche nach Gründen für diesen Befund liegt es nahe, den Einfluss der interpersonalen Kommunikation in die Analyse einzubeziehen. Tatsächlich spricht einiges für die These, dass der zwischenmenschlichen Kommunikation unter den oben skizzierten Bedingungen von sozialer und räumlicher Nähe bei der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas eine nachweisbar höhere Bedeutung zukommt als der Massenkommunikation (vgl. Katz 1981: 34-36). Empirisch gestützt wurde diese Annahme außer durch Untersuchungen zur Theorie der Schweigespirale (vgl. Scherer 1990: 243-250) insbesondere durch Forschungen zu meinungsbildenden Effekten egozentrierter Kommunikationsnetzwerke (vgl. Schenk 1995: 194). In einer vergleichenden Untersuchung der Wirkung von Medien- und Gesprächskommunikation konnte Silvio Lennart (vgl. Lennart 1994) zeigen, dass sich die Einschätzung des »lokalen« Meinungsklimas eher auf interpersonale Kommunikation stützt, während das nationale

⁵ Die Norm politischer Akkuratessse kann offensichtlich leicht zur Quelle pluralistischer Ignoranz werden, wenn sich Bürger trotz innerer Zweifel öffentlich im Sinne der Norm äußern und das gleiche Verhalten bei anderen, die ähnliche Zweifel hegen mögen, als Ausdruck der tatsächlichen Einstellung interpretieren (vgl. Boven 2000). Geht man davon aus, dass im Liechtensteiner Fall a priori keine unzweifelhaft korrekte Position auszumachen war, hilft diese Erklärung hier allerdings nicht weiter.

Meinungsklima über die Medienbeobachtung eingeschätzt wird. Auch wenn es sich im hier untersuchten Fall um ein nationales Meinungsklima handelt, entsprechen die geographischen, sozialen und medialen Gegebenheiten doch eher den typischen Bedingungen lokaler Kommunikationsräume, so dass die These Lenarts durchaus Plausibilität beanspruchen kann. Noelle-Neumann räumt ihrerseits der Alltagskommunikation einen geringeren Stellenwert ein, ohne deren Einwirkung auf die Klimawahrnehmung allerdings gänzlich auszuschließen (vgl. Noelle-Neumann 1989: 210f. und 224). Sie stützt ihr Argument auf die Beobachtung, dass in modernen Flächenstaaten Mediennutzung zunehmend an die Stelle interpersonaler Kommunikation in den primären Bezugsgruppen trete, eine Annahme, die im Kleinststaat offensichtlich relativiert werden muss. Das Mediensystem dominiert die öffentliche Kommunikation hier nicht in dem Maße, wie es die übliche Vorstellung der »Mediengesellschaft« nahe legt. In Liechtenstein kommt hinzu, dass das Land über kein regelmäßiges inländisches Fernsehangebot verfügt, das gemeinhin als Leitmedium der Moderne gilt und dem Noelle-Neumann die dominante Rolle bei der Vermittlung des gesellschaftlichen Meinungsklimas einräumt (vgl. Noelle-Neumann 1979: 119 und 1980: 80). »Kleine« Formen von Öffentlichkeit, vor allem Gesprächskommunikation und Versammlungsöffentlichkeiten, spielen eine wesentlich größere Rolle als im Flächenstaat, erzielen eine vergleichsweise große Reichweite und genießen hohe Aufmerksamkeit. Es herrscht eine relativ geringe kommunikative Distanz zwischen den Menschen und übrigens auch zwischen »normalen« Bürgern und politischen Eliten, was präzisere Einschätzungen der Meinungsverteilung erlauben müsste (vgl. Breed/Ktsanes 1961: 383).

Gab es also im Herbst 2001 in Liechtenstein ein »doppeltes Meinungsklima« (Noelle-Neumann 1980: 234), eine von der Presse getragene skeptische Stimmung gegenüber der Verfassungsrevision, die einem überwiegend zustimmenden Trend in der Originalbeobachtung der im unmittelbaren sozialen Umfeld geäußerten Meinungen gegenüberstand? Wenn die Fehlwahrnehmung der tatsächlichen Mehrheitsmeinung durch direkte Erfahrung in der interpersonalen Kommunikation begründet wäre, dann müssten folgende drei Bedingungen zutreffen:

- (1) Befürworter wie Gegner der Verfassungsrevision müssten intensiv mit anderen Menschen über den Verfassungskonflikt gesprochen haben;
- (2) Gegner der Verfassungsrevision müssten überwiegend mit solchen Gesprächspartnern in Kontakt gekommen sein, die eine andere Meinung vertraten als sie selbst, nämlich die tatsächliche Minderheitenmeinung, die sie eben darum im Lauf der Zeit fälschlicherweise für die Mehrheit zu halten begannen;
- (3) Vertreter der tatsächlichen Minderheitenposition müssten in ganz überwiegendem Ausmaß mit Personen ins Gespräch gekommen sein, die ihre Meinung teilten. Verunsicherung durch gegenteilige Auffassung dürfte ihnen in der interpersonalen Kommunikation kaum begegnet sein.

Was die erstgenannte Voraussetzung angeht, so kann sie ausweislich der Zahlen in Tabelle 4 als gegeben betrachtet werden.

Zwar kamen beide Meinungsgruppen über die Presse häufiger in Kontakt mit der Politik, gleichwohl war die Voraussetzung dafür, die Bevölkerungsmeinung aufgrund direkter Erfahrungen im Gespräch wahrzunehmen, auf beiden Seiten in hohem Maße ge-

<i>Häufigkeit politischer Gespräche nach Meinungsgruppen in %</i>	<i>Tabelle 4</i>	
<i>»Wie ist es bei Ihnen, unterhalten Sie sich mit anderen Leuten über politische Angelegenheiten? Tun sie das annähernd täglich, einmal wöchentlich, gelegentlich oder nie?«</i>	Gegner der Verfassungsrevision (Mehrheit)	Befürworter der Verfassungsrevision (Minderheit)
Annähernd täglich	27,5	21,5
Einmal wöchentlich	32,6	24,6
Gelegentlich	39,0	46,2
Niemals	0,8	7,7
	100%	100%
	N = 236	N = 195

Kendall's tau c = -.162, p < .01

geben.⁶ Dabei gab es keinen signifikanten Unterschied zwischen denen, die das Meinungsklima falsch, und denen, die es richtig einschätzten (nicht in Tab. 3 ersichtlich). Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass die Anhänger der Mehrheitsposition, obwohl sie sich in der Minderheit glaubten, signifikant häufiger politische Gespräche führten, als die Vertreter der wirklichen Minderheitenmeinung. Über 60% der Gegner der Verfassungsrevision besprachen mindestens einmal pro Woche politische Angelegenheiten mit Freunden, Verwandten und Bekannten. Auf der Seite der Revisionsbefürworter waren es gut 45%, auch das ein vergleichsweise hoher Wert. Gleichwohl widerspricht der Befund den Annahmen der Schweigespiraltheorie, denn tatsächlich wählten sich die Befürworter der Verfassungsänderung in der Mehrheitsposition, was annahmegemäß positive Auswirkungen auf ihre Redebereitschaft hätte haben müssen. De facto sprachen aber mehr als die Hälfte der Befragten aus diesem Meinungslager mit ihren Mitbürgern nur gelegentlich oder nie über politische Themen: eine »eingebildete« schweigende Mehrheit, die tatsächlich eine schweigsame Minderheit war.

Erwartungsgemäß war die Meinungshomogenität in den persönlichen Gesprächskreisen beider Meinungslager unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die in Tabelle 5 ausgewiesenen Differenzen sind statistisch (knapp) signifikant. Freilich weist der Zusammenhang nicht in die Richtung, die von den obigen Bedingungen (2) und (3) verlangt wird, sondern in die exakt entgegengesetzte. Wider Erwarten waren gerade die Vertreter der Minderheitenposition weitaus häufiger damit konfrontiert, dass ihre Gesprächspartner ihnen widersprachen und in der Verfassungsfrage die Gegenmeinung vertraten. Fast zwei Drittel von ihnen (knapp 64%) hatten diese Erfahrung machen müssen, rund 11% der Revisionsbefürworter trafen sogar ausschließlich auf solche Gesprächspartner, die gegen das Vorhaben sprachen. Demgegenüber stellten 53% der Vertreter der Mehrheitsmeinung in ihren Gesprächen über die Verfassungsfrage fest, dass ihre Gesprächspartner die gleiche Meinung vertraten wie sie selbst. Falls die Primärbeobachtung die Wahrnehmung der Bevölkerungmeinung entscheidend geprägt hätte, dann hätten sie also viel mehr Anlass zu der Vermutung gehabt, ihre Einschätzung würde von der

⁶ Die Daten erlauben keinen strengen Test der ersten Bedingung, denn die Frage richtet sich allgemein auf politische Gespräche, nicht speziell auf Gespräche über die Verfassungsfrage.

<i>Meinungshomogenität in der interpersonalen Kommunikation %</i>		<i>Tabelle 5</i>
<i>»Wenn Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über den Verfassungskonflikt sprechen, stimmen ihre Gesprächspartner dann mit Ihren Argumenten und Einschätzungen überein, oder eher nicht?«</i>	Gegner der Verfassungsrevision (Mehrheit)	Befürworter der Verfassungsrevision (Minderheit)
Bin mit allen/den meisten einer Meinung	53,3	36,2
Teils/teils	40,4	52,5
Stimme mit allen / den meisten nicht überein	6,5	11,3
	100%	100%
	N = 218	N = 177

$\chi^2 = 12.09$, $df = 2$, $p < .005$; Cramer's $V = .18$, $p < .01$

Mehrheit der Mitbürger geteilt. Nähmen die Befürworter der Verfassungsrevision ihren Eindruck aus den persönlichen Gesprächen als gültigen Hinweis, so hätten sie wiederum allen Grund zu der Annahme, ihre Position sei nicht unbedingt mehrheitsfähig. Tatsächlich verhielt es sich, wie oben gesehen, genau umgekehrt – ein durchaus belastungsfähiger empirischer Beleg gegen die Vermutung, Bürger würden ihre Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas durchweg an den Erfahrungen der alltäglichen Gesprächskommunikation ausrichten.

Offenbar haben im hier geschilderten Fall Bedingungen vorgelegen, unter denen die Stimmbürger nicht nur der veröffentlichten Meinung der Medien, sondern auch ihren unmittelbaren Erfahrungen in der alltäglichen Kommunikation misstrauten, als es darum ging, sich ein Urteil über das Meinungsklima im Lande zu bilden. Damit ist zunächst nicht mehr und nicht weniger festgestellt, als dass sich Fälle sozialer Fehlwahrnehmung der »öffentlichen Meinung« nachweisen lassen, zu denen der Faktor Kommunikation allein keinen befriedigenden Zugang gewährt. Das Interesse richtet sich deshalb auf die Erklärungskraft alternativer Hypothesen.

4 LOOKING-GLASS-WAHRNEHMUNG, WERTGEBUNDENHEIT UND

»CONSERVATIVE BIAS«: DIE ANTWORT DER »PLURALISTISCHEN IGNORANZ«

Das Konzept pluralistischer Ignoranz stammt ursprünglich aus der sozialpsychologischen Forschung und wurde in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts zuerst von Floyd H. Allport (vgl. Allport 1924: 304-309) verwendet. Allport und Daniel Katz (vgl. Allport/Katz 1931: 152) nutzten den Begriff in der Folge zur Analyse von Situationen, in denen Individuen ungerechtfertigte Annahmen über die Gedanken, Gefühle und das Verhalten anderer Personen in ihrem unmittelbaren Umfeld vertraten. Bis heute wird er in der Sozialpsychologie in diesem Sinne gebraucht (vgl. Miller/Mc Farland 1987, 1991; Prentice/Miller 1993; Miller/Prentice 1994).

Obwohl bei Allport (vgl. Allport 1937) schon angedeutet, wurde die Fruchtbarkeit des Konzepts für das Verständnis öffentlicher Meinungsbildung erst in den 1960er Jahren intensiv diskutiert (vgl. Breed/Ktsanes 1961), zunächst zur Bezeichnung von Situationen, in denen die Menschen dazu neigen, die Unterstützung ihrer eigenen Meinungen und Ansichten durch andere zu unterschätzen. Robert K. Merton (vgl. Merton

1968: 431) war es schließlich, der den Begriff für jegliche Formen der Unsicherheit über die Meinung anderer verwendete, also auch für solche Fälle, in denen Menschen fälschlicherweise glauben, ihre Meinungen und Ansichten würden in der Referenzgruppe mehrheitlich geteilt. Heute wird das Konzept in dem weiten Verständnis gebraucht, das beide Versionen der Fehleinschätzung einschließt. Danach eignet sich der Begriff »too describe the situation when an minority position in public opinion is incorrectly perceived to be the majority position and vice versa« (Taylor 1982: 312). Eine zentrale Konsequenz dieser Überlegungen ist, dass Menschen nicht direkt von den Meinungen anderer beeinflusst werden, sondern von ihren eigenen, mehr oder weniger korrekten Ansichten darüber, was andere meinen.

Hubert O’Gorman (vgl. O’Gorman 1975, 1979; O’Gorman/Garry 1976) hat sich in einigen Beiträgen aus den 70er Jahren darum bemüht, das Konzept wieder zu beleben und empirisch zu untermauern. Er erklärt die Befürwortung der Rassentrennung durch weiße Amerikaner damit, dass diese weit überwiegend – aber eben fälschlicherweise – glaubten, die Mehrheit ihrer weißen Mitbürger wäre für Segregation. Zusammenfassend kam O’Gorman zu dem Schluss, dass pluralistische Ignoranz bezogen auf die Bevölkerungsmeinung in den von ihm untersuchten Fällen von zumindest drei Variablenbündeln beeinflusst wurde:

- den Formen der Interaktion zwischen Beobachtern und Beobachteten;
- den Einschätzungen der Beobachteten durch den Beobachter;
- der Beurteilung der attribuierten Meinung durch den Beobachter.

Die zuletzt genannte Vermutung erhielt Unterstützung von anderen Forschungsarbeiten (vgl. Fields/Schumann 1976; Toch/Klofas 1984; Shamir 1993). Das daraus abgeleitete Konzept der »looking glass perception«, wonach die Menschen dazu tendieren, die Mehrheit der Gesellschaft als Spiegelbild ihrer eigenen Meinungen zu betrachten, ist die wohl prominenteste These, welche die Forschung zur pluralistischen Ignoranz bis heute hervor gebracht hat. Sie ist eng mit dem als »false consensus effect« bezeichneten Phänomen verwandt (vgl. Eveland 2002: 694) und hat auch Eingang in die deutschsprachige kommunikationswissenschaftliche Forschung gefunden (vgl. Scherer 1990).

Um zu prüfen, ob und inwieweit das Theorem der Looking-Glass-Perzeption in der Lage ist, die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Liechtensteiner Verfassungskonflikt 2001 zu erklären, wird in Tabelle 6 für die beiden damaligen Meinungslager ausgewiesen, wie groß der Anteil derer ist, die glaubten, die Mehrheit ginge mit der von ihnen vertretenen Meinung konform. Das Ergebnis kann durchaus als Stützung der These interpretiert werden.⁷ In beiden Lagern war der Anteil derer, die eine mehrheitliche Unterstützung ihrer eigenen Position in der Öffentlichkeit wahrnahmen, größer als der Anteil von Befragten, die eine Mehrheit auf der – aus ihrer Sicht – Gegenseite vermuteten. Zugleich wird deutlich, dass die Prozentwertdifferenz, die dieses Muster ausmacht, bei den Gegnern der Verfassungsreform mit gerade 7 Punkten um ein Vielfaches geringer ausfällt als bei den Befürwortern, unter denen lediglich 5% der Befragten

⁷ Testet man den Looking-Glass-Effekt in der von Eveland (2002: 695) vorgeschlagenen Weise als Korrelation von eigener Meinung und wahrgenommener Präferenz der anderen, so errechnet sich ein Wert von $r = .531$ ($p < .01$) für Pearsons Corr.

<i>»Was glauben Sie, wie viel Prozent der Liechtensteiner Stimmbürger unterstützen im Moment die vorgeschlagene Verfassungsrevision?«</i>	Gegner der Verfassungsrevision	Befürworter der Verfassungsrevision
– Mehrheit gegen Verfassungsrevision	39,6	5,3
– Mehrheit für Verfassungsrevision	32,7	81,3
– Unentschieden, weiß nicht, k.A.	27,7	13,4
	100%	100%
	N = 227	N = 187

Kendall's tau $c = .45$, $p < .01$

die Mehrheit nicht auf ihrer Seite vermuteten (d% 76). Die Neigung zur Projektion der eigenen Meinung auf die Gesamtgesellschaft war demnach im Liechtenstein des Jahres 2001 stark asymmetrisch verteilt: Gerade bei den Anhängern der Minderheitenposition war sie extrem deutlich ausgeprägt, während sie auf Seiten der Mehrheit eine vergleichsweise schwache Wirkung entfaltete. Tatsächlich schätzen die Vertreter der Mehrheitsmeinung trotz Looking-Glass-Wahrnehmung die Unterstützung für ihre Position immer noch geringer ein, als sie zu dem Zeitpunkt tatsächlich war (vgl. Tab. 1). Die Verfechter der damaligen Minderheitenposition glaubten zu mehr als 80%, ihre Meinung würde von der Gesellschaft geteilt, und hielten sich daher für die Mehrheit. In Umkehrung des in der Literatur als »Overestimate of Consensus« bezeichneten Effekts (vgl. Mullen 1983) könnte man hier von einer verbreiteten *Unterschätzung des Dissens* sprechen.

So sehr der Befund insgesamt auch im Erwartungsbereich der Looking Glass-Hypothese liegt, so ungewöhnlich sind doch die näheren Umstände. Zum einen ist die spiegelbildliche Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas von der vorliegenden Literatur bisher vornehmlich in solchen Situationen beobachtet worden, in denen die Menschen über keine anderen Umweltinformationen verfügten und infolgedessen auf »simple projection« ausweichen mussten (vgl. Fields/Schuman 1976: 437-442; Taylor 1982: 438 und 442). Im hier präsentierten Beispiel war nachweislich das Gegenteil der Fall, denn Massenmedien und interpersonale Gesprächskommunikation lieferten reichlich »korrekte« Information über das Meinungsklima im Land, die eigentlich zu einer völlig anderen Wahrnehmungsweise hätte führen müssen, aber offensichtlich ignoriert wurde. Völlig untypisch ist außerdem, dass gerade diejenige Meinungsposition, die den größten »Widerspruch« in massenmedialer und direkter Kommunikation erfuhr, extrem stark zur Extrapolation der eigenen Meinung tendierte. Gemeinhin wird angenommen, dass ein Lager dann zu dieser Form der Wahrnehmung neigt, wenn es sich selbst im Aufwind vermutet, was angesichts der dominanten Richtung öffentlicher Kommunikation eigentlich die Kontraposition hätte sein müssen. Das durch die Daten offenbarte Looking-Glass-Muster ist also nicht nur asymmetrisch, sondern auch kontraintuitiv, weshalb in einem abschließenden Analyseschritt nach den dahinterliegenden Konstellationen gefragt wird.

Folgt man den oben referierten Überlegungen der Ignoranz-Forschung, dann ist die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas jenseits aller »äußeren« Einflüsse

an die internalisierten, langfristig stabilen Werte, Anschauungen und Orientierungen der Wahl- und Stimmbürger gebunden. Menschen tendieren dazu, ihre soziale Umwelt so wahrzunehmen, dass sie ihren normativen Dispositionen entspricht, ein Effekt, den O’Gorman als »perceived value similarity« (O’Gorman 1979: 49) bezeichnet hat. Was folgt aus dieser Überlegung für den hier untersuchten Fall?

Wie eingangs dargelegt, wurde die Verfassungsreform in Liechtenstein politisch vor allem mit dem Argument bekämpft, sie habe den Abbau demokratischer Rechte und eine Stärkung des autoritär-monarchischen Elements zur Folge. Umgekehrt begründete der Landesfürst seine politische Intervention wiederholt mit dem Hinweis, die herrschende »Oligarchie« der Parteipolitiker bedürfe, da sie tendenziell zum Machtmissbrauch neige, der Kontrolle durch eine unabhängige, über den Parteien stehende Autorität, die ihrerseits von kurzfristigen Interessen und politischen Kalkülen unabhängig sei. Politisch-ideologisch wurden die Fronten des Konflikts also von einer dem Primat der Volkssouveränität verpflichteten liberal-demokratischen Position auf der einen Seite und einer dem monarchisch-dynastischen Denken nahe stehenden, der kleinstaatlichen Parteiendemokratie gegenüber skeptischen politischen Grundhaltung gebildet.

Wenn die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Liechtensteiner Verfassungskonflikt von 2001 durch die individuellen Wertepreferenzen gesteuert worden wäre, dann müssten Personen, die ein eher demokratiekritisch-reaktionäres Wertespektrum vertraten, die Mehrheit ihrer Mitmenschen zum Zeitpunkt der Befragung auf Seiten des Fürsten und seiner Vorschläge vermutet haben, während die Vertreter demokratisch-freiheitlicher Grundwerte angenommen haben müssten, dass die Mehrheit ihrer Mitbürger seinerzeit gegen die Verfassungsrevision eingestellt war. Die abschließende Tabelle 7 zeigt, dass der erste Teil der Vermutung von den Daten gestützt wird, während die Ergebnisse den zweiten Teil der Hypothese ebenso eindeutig widerlegen.

Wer Werte des konservativ-autoritären Spektrums befürwortete, neigte zugleich in hohem Maße dazu, diese in seine soziale Umwelt zu projizieren und anzunehmen, die Mehrheit unterstütze den Landesfürsten und seine Initiative. Aber auch diejenigen Befragten, die selbst eher progressive, liberale, unpatriotische und demokratische Werte vertraten, glaubten über alle Tests hinweg an eine stabile Mehrheit für die Befürworter einer Verfassungsrevision. Zwar war die Wahrnehmung des Meinungsklimas auch im Contra-Lager systematisch an individuelle Wertorientierungen gebunden, aber nicht in der erwarteten Weise. Anstatt das gesellschaftliche Meinungsklima im Sinne der eigenen Wertpräferenzen zu interpretieren, war die Einschätzung der Gegner der Verfassungsänderung gleichsam wertkonträr geprägt, das heißt, die progressiv-demokratisch eingestellten Stimmbürger rechneten damit, dass die Gesellschaft insgesamt wesentlich konservativer sein würde als sie selbst. Nur auf einer der fünf Wertedimensionen fand sich im Gruppenvergleich ein statistisch signifikanter Unterschied in der Einschätzung des gesellschaftlichen Meinungsklimas. Während damit die These von der durch individuelle Wertpräferenzen geprägten Umweltwahrnehmung für die Vertreter der Minderheitsmeinung eindrucksvoll bestätigt wird, zeigt sich für die Anhänger der faktischen Mehrheitsmeinung ein gegenteiliges Bild: Sie projizierten nicht ihre eigenen Wertvorstellungen auf die Gesellschaft, sie reflektierten im wahrgenommenen Meinungsklima vielmehr die Befürchtung, dass die von ihnen vertretenen Wertvorstellungen

<i>T-Test für die Mittelwertgleichheit der wahrgenommenen Zustimmung zur Verfassungsrevision¹ nach Wertgruppen²</i>				<i>Tabelle 7</i>		
	N	Mittelwert	SD	T	df	Sig (2-seitig)
KONSERVATIVISMUS						
– eher konservativ	217	55.4977	12.32	1.621	426.0	.106
– eher progressiv	211	53.4360	13.96			
AUTORITARISMUS						
– eher autoritär	230	54.5739	12.99	.865	447.0	.388
– eher liberal	219	53.5205	12.81			
PATRIOTISMUS						
– eher patriotisch	467	54.4475	12.79	.580	519.0	.562
– eher unpatriotisch	54	53.3704	14.07			
DEMOKRATIE I (Rolle der Opposition)						
– eher demokratiekritisch	308	54.3409	12.86	-.724	462.0	.469
– eher demokratisch	156	53.4295	12.71			
DEMOKRATIE II (Meinungsfreiheit)						
– eher demokratiekritisch	10	64.4000	14.92	-2.538	550.0	.011
– eher demokratisch	542	54.1052	12.67			

1 Testvariable: »Was glauben Sie, wie viel Prozent der Liechtensteiner Stimmbürger unterstützen im Moment die vorgeschlagene Verfassungsrevision?«

2 Gruppenvariablen: auf einer 7-poligen Skala gemessene Zustimmung zu folgenden Items: (Konservatismus) »Ich bin in der Politik gegen Experimente. Was wir jetzt haben, wissen wir wenigstens. Aber wenn wir das jetzt ändern – wer weiß, was dann kommt«; (Autoritarismus) »Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie«; (Patriotismus) »Ich bin stolz darauf, ein Liechtensteiner Staatsbürger zu sein«; (Demokratie I) »Die Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen«; (Demokratie II) »Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist«; .Skalenergebnisse 1-3 keine Zustimmung; Skalenergebnisse 5-7 Zustimmung.

gen in der eigenen Gesellschaft nicht mehrheitsfähig sein würden – ein typischer Fall des Effekts, den Eveland als »false idiosyncrasy« bezeichnet hat (Eveland 2002: 694).

Fields und Schuman, die in den 1970er Jahren in den USA ein ähnliches Muster der Wahrnehmung von Bevölkerungsmeinungen zu den Themen Rassismus und Bürgerrechte in den USA gefunden hatten, sprechen in dem Zusammenhang von einem »conservative bias« (Fields/Schuman: 1976: 432-434) in der dominanten Einschätzung des gesellschaftlichen Meinungsklimas. Ähnlich hatten schon Breed und Ktsanes (vgl. Breed/Ktsanes 1961: 383) argumentiert, während Garth Taylor (vgl. Taylor 1982: 327) diese Hypothese in seiner Arbeit zur Umweltpolitik nicht bestätigen konnte. Der hier vorgelegte Befund erhärtet zwar den Eindruck, dass der einfache Projektionsmechanismus unter bestimmten Bedingungen in sein Gegenteil verkehrt werden kann, er muss aber offen lassen, ob das notwendig immer linksliberale Positionen betrifft. Unzweifelhaft scheint es aber das Phänomen einer »ideologisch« bedingten Wahrnehmungsstörung zu geben (vgl. Glynn 1989). Als generelle Annahme lässt sich mithin formulieren, dass die Looking-Glass-Perzeption durch das komplementäre Phänomen der Convex-Lense-Beobachtung ergänzt wird. Das ist dann der Fall, wenn Teile der Bevölkerung

von der grundsätzlichen gesellschaftlichen Werteunverträglichkeit ihrer Position ausgehen und infolgedessen ein Bild des Meinungsklimas entwerfen, das im Verhältnis zur eigenen Haltung seitenverkehrt ist und auf dem Kopf steht. Im hier geschilderten Fall scheiterte die »einfache Projektion« im liberal-demokratischen Lager an einer in der politischen Kultur des Landes und der langjährigen Erfahrung mit ihr begründeten Überzeugung, dass eine politische Haltung gegen die Autorität des Fürstenhauses, das zugleich das Element der Beharrung verkörpert und ein wesentlicher Kristallisationspunkt des Patriotismus ist, schlicht und einfach nicht mehrheitsfähig sein kann, was immer die Medien einem »vorspiegeln« oder Gesprächspartner im Alltag glauben machen wollen. Unter solchen Bedingungen wird die Einschätzung der aktuellen Bevölkerungsmeinung offenbar nicht auf kommunikativ verfügbare Informationen abgestützt, sondern unter Rückgriff auf Vorkenntnisse über die ideologische Disposition der Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickelt (vgl. auch Shamir 1995).

5 DISKUSSION DER BEFUNDE: BEGRENZTE MEDIENWIRKUNG DURCH SOZIOKULTURELLE RANDBEDINGUNGEN

Unter den für die Analyse verfügbaren Faktoren haben sich trotz konsonanten Medientensors und hoher medialer wie extramedialer Kommunikationsdichte die individuellen Wertorientierungen der Bürger als die erklärungskräftigste Determinante der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas erwiesen. Geht man mit dem Mainstream sozialwissenschaftlicher Handlungstheorie davon aus, dass individuelle Einstellungen, Orientierungen und Dispositionen ihrerseits das Ergebnis von Einflüssen der aktuellen, vergangenen oder antizipierten sozialen Umgebung darstellen, dann repräsentiert der geschilderte Fall den Typus einer im Kern soziokulturell geprägten Beobachtung und Interpretation der öffentlichen Meinung bei gleichzeitig hoher Indifferenz gegenüber den Signalen der (medial und gesprächsweise) veröffentlichten Meinung.

Wenn man annimmt, dass jede Gesellschaft über Positionen verfügt, die hinsichtlich der Einschätzung des einschlägigen Meinungsklimas gegenüber kommunikativ vermittelten Erfahrungen gleichsam kulturell immunisiert sind, dann legt die präsentierte Analyse nahe, die verbreiteten Annahmen über den Einfluss von Massenkommunikation und interpersonaler Kommunikation auf die Wahrnehmung des öffentlichen Meinungsklimas für eben diese Fälle einzuschränken. Die notwendige Konzeptdifferenzierung kann vorläufig wie folgt formuliert werden: Medien und Gesprächskommunikation mögen als Indikator für die Abschätzung der Mehrheitsmeinung genutzt werden, wirksam sind sie aber vornehmlich im Hinblick auf solche Positionen und Meinungen, die grundsätzlich als mehrheitsfähig gelten. Fehlt einem Meinungslager die Überzeugung, eine potentiell mehrheitsfähige Meinung zu vertreten, kann diese Zuversicht offenbar durch die Medien und das von ihnen vermittelte Meinungsbild selbst unter günstigsten Voraussetzungen nicht hergestellt werden.

Ihre Maßstäbe dafür, was in einem gegebenen Gemeinwesen als prinzipiell mehrheitsfähig gelten kann, beziehen die Menschen vermutlich aus ihrer Erfahrung mit dem, was Gabriel Almond und Sydney Verba (vgl. Almond/Verba 1963) die »politischen Kultur« eines Gemeinwesens genannt haben: die Gesamtheit aller politisch rele-

vanten Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den verschiedenen Institutionen des jeweiligen Herrschaftssystems. Dies legt es nahe, innerhalb eines gegebenen Gemeinwesens und seiner politischen Öffentlichkeit nach solchen Positionen und Meinungen zu suchen, die als potentielle Anwendungsfälle der oben formulierten Resistenzannahme in Frage kommen. Politische Meinungen, die davon betroffen sind, sagen nicht nur einiges über die Gesellschaft aus, sondern auch über die Bedingungen der Formierung von öffentlicher Meinung und nicht zuletzt über den Medieneinfluss auf die Realitätskonstruktion der Menschen. Wer seine eigene Meinung als Bruch mit den politischen Traditionen und verbreiteten Orientierungsmustern seines Landes empfindet, hält das Medienecho nicht nur für einen untauglichen Indikator der Mehrheitsmeinung, er traut den Medien offenbar auch nicht zu, gegen die kulturelle Prädisposition auf die öffentliche Meinungsbildung einzuwirken. Die Verunsicherung kann, wie im hier geschilderten Fall, so groß werden, dass die betroffenen Menschen selbst der eigenen alltäglichen Gesprächswahrnehmung misstrauen. Medientenor und gesprächsweise vermittelte Primärerfahrung können die Wahrnehmung der Menschen über den Zustand der Bevölkerungsmeynung demnach nur dann beeinflussen, wenn dieser Tenor grundsätzlich kompatibel ist mit der im kollektiven Gedächtnis verankerten kulturellen Selbstbeschreibung.

Wie der Ausgang des Liechtensteiner Verfassungsentscheids zeigt, sind die realen Konsequenzen solcher gesellschaftlichen Wahrnehmungsweisen kaum zu überschätzen. Rund vierzehn Monate nach der oben erwähnten Umfrage und in Umkehrung des von ihr ermittelten Meinungsbilds stimmten im Volksentscheid am 14. und 16. März 2003 rund 64% der Liechtensteiner Stimmbürger der Verfassungsinitiative ihres Landesherren zu. Wie weitergehende Analysen zeigen, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann, spielten auch bei dieser endgültigen Entscheidung kommunikativ erzeugte Überredungs- oder Überzeugungseffekte praktisch keine Rolle. Obwohl die Stimmbürgerinnen und -bürger die vorgeschlagenen Änderungen mehrheitlich nach wie vor ablehnten, fügten sie sich in das scheinbar Unvermeidliche. Die kontrafaktische Weigerung zu glauben, dass die ablehnende Haltung grundsätzlich mehrheitsfähig sein könnte, hatte sich gleichsam zu einer »self-fulfilling prophecy« entwickelt und bescherte der Initiative des Fürstenhauses – im Zusammenspiel mit anderen Ursachen – schließlich einen deutlichen Erfolg an der Urne.

LITERATUR

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The civic culture*. Boston.
- Allport, Floyd H. (1924): *Social Psychology*. Boston.
- Allport, Floyd H. (1937): *Toward a Science of Public Opinion*. In: *Public Opinion Quarterly*, 1. Jg., S. 7-22.
- Allport Floyd H./Katz, Daniel (1931): *Student Attitudes*. Syracuse/NY.
- Asch, Solomon E. (1951): *Effects of group pressure upon the modification and distortion of judgments*. In: Guetzkow, H. (Hrsg.): *Groups, leadership, and men*. Pittsburgh, S. 177-190.
- Asch, Solomon E. (1956): *Studies of Independence and Conformity: A Minority of one against a Unanimous Majority*. In: *Psychological Monographs*, 70. Jg. (gesamte Nr. 416).
- Boven, Leaf van (2000): *Pluralistic Ignorance and Political Correctness: The Case of Affirmative Action*. In: *Political Psychology*, 21. Jg., S. 267-276.
- Breed, Warren/Ktsanes, Thomas (1961): *Pluralistic Ignorance in the Process of Public Opinion Formation*. In: *Public Opinion Quarterly*, 25. Jg., S. 382-392.

- Eveland, William P. (2002): The Impact of News and Entertainment Media on Perceptions of Social Reality. In: Dillard, James P./Pfau, Michael (Hrsg.): *The Persuasion Handbook. Developments in Theory and Practice*. Thousand Oaks, London, New Delhi, S. 691-727.
- Fields, James M./Schuman, Howard (1976): Public Beliefs about the Beliefs of the Public. In: *Public Opinion Quarterly*, 40. Jg., S. 427-448.
- Glynn, Carroll G. (1989): Perception of others' opinions as component of public opinion. In: *Social Science Research*, 18. Jg., S. 53-69.
- Jahoda, Marie (1959): Conformity and Independence. In: *Human Relations*, 12. Jg., S. 99-120.
- Katz, Elihu (1981): Publicity and Pluralistic Ignorance. Notes on »The spiral of Silence«. In: Beier, Horst/Kepplinger, Hans Mathias/Reumann, Kurt (Hrsg.): *Öffentliche Meinung und sozialer Wandel: Festschrift für Elisabeth Noelle-Neumann*. Opladen, S. 28-38
- Lenart, Silvio (1994): Shaping political attitudes. The impact of interpersonal communication and mass media. Thousand Oaks.
- Lübbe, Weyma (1991): Sind wir alle Demoskopen? Über »quasi-statistische« und statistische Meinungsklimaeinschätzung in Elisabeth Noelle-Neumanns Theorie der öffentlichen Meinung. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 20. Jg., S. 104-119.
- Marxer, Wilfried (2004): Medien in Liechtenstein. Strukturanalyse der Medienlandschaft in einem Kleinstaat. Vaduz.
- Merton, Robert K. (1968): *Social Theory and Social Structure*. New York.
- Milgram, Stanley (1961): Nationality and Conformity. In: *Scientific American*, Nr. 2005, S. 45-51.
- Miller, Dale T./McFarland, Cathy (1987): Pluralistic Ignorance: When Similarity is interpreted as Dissimilarity. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 53. Jg., S. 298-305.
- Miller, Dale T./McFarland, Cathy (1991): When Social Comparison goes awry: The Case of Pluralistic Ignorance. In: Suls J./Wills T. A. (Hrsg.): *Social comparison. Contemporary theory and research*. Hillsdale, S. 287-313.
- Miller, Dale T./Prentice, Deborah A. (1994): Collective errors and errors about the collective. In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, 20. Jg., S. 541-550.
- Mullen, Brian (1983): Egocentric bias in estimates of consensus. In: *Journal of Social Psychology*, 121. Jg., S. 31-38.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1973): Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. Ein neuer Ansatz zur Analyse der Wirkung der Massenmedien. In: *Publizistik*, 18. Jg., S. 26-55.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1975): Der Einfluss der Massenmedien auf die quasistatistische Wahrnehmung des Meinungsklimas als Beispiel, warum die Wirkungsforschung neue Frage stellen muss. In: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Die elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien?* Graz, Wien, Köln, S. 177-196.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1979): *Öffentlichkeit als Bedrohung. Beiträge zur empirischen Kommunikationsforschung*. Freiburg, München.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): *Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie*. Freiburg, Würzburg.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1989): *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*. Frankfurt/Main.
- O'Gorman, Hubert J. (1975): Pluralistic Ignorance and White Estimates of White Support for Racial Segregation. In: *Public Opinion Quarterly*, 39. Jg., S. 313-330.
- O'Gorman, Hubert J. (1979): White and Black Perceptions of Racial Values. In: *Public Opinion Quarterly*, 43. Jg., S. 49-59.
- O'Gorman, Hubert J. (1986): The Discovery of Pluralistic Ignorance: An Ironic Lesson. In: *Journal of the History of the Behavioural Sciences*, 22. Jg. S. 333-347.
- O'Gorman, Hubert J./Garry, Stephen L. (1976): Pluralistic Ignorance – A Replication and Extension. In: *Public Opinion Quarterly*, 40. Jg., S. 449-458.
- Prentice, Deborah A./Miller, Dale T. (1993): Pluralistic Ignorance and Alcohol Use on Campus: Some Consequences of Misperceiving the Social Norm. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 64. Jg., S. 243-256.
- Schank, Richard L. (1932): A study of a community and its groups and institutions conceived of as behaviors of individuals. *Psychological Monographs*, 43. Jg., S. 1-133.
- Schenk, Michael (1995): *Soziale Netzwerke und Massenmedien*. Tübingen.
- Scherer, Helmut (1990): *Massenmedien, Meinungsklima und Einstellung. Eine Untersuchung zur Theorie der Schweigespirale*. Opladen.

- Shamir, Jacob (1993): Pluralistic Ignorance Revisited. Perceptions of Opinion Distribution in Israel. In: International Journal of Public Opinion Research, 5. Jg., S. 22-39.
- Shamir, Jacob (1995): Information cues and indicators of the climate of opinion: The spiral of silence theory in the Intifada. In: Communication Research, 22. Jg., S. 24-53.
- Taylor, Garth D. (1982): Pluralistic Ignorance and the Spiral of Silence: A Formal Analysis. In: Public Opinion Quarterly, 46. Jg., S. 311-335.
- Toch, Hans/Klofas, John (1984): Pluralistic Ignorance Revisited. In: Stephenson, Geoffrey M./Davis, James H. (Hrsg.): Progress in Applied Social Psychology, 2. Jg., New York.
- Wessler, Hartmut (1999): Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen.

Korrespondenzanschrift: Prof. Dr. Frank Marcinkowski, IPMZ – Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung an der Universität Zürich, Andreasstrasse 15, CH-8050 Zürich
E-Mail: f.marcinkowkis@ipmz.unizh.ch